

Brimborium um einen Etikettenschwindel im großen Stil

*Warum die Eröffnung einer bescheidenen „Synagoge“ in Potsdam von der Politik groß
hervorgehoben wird*

Von Shimon Nebrat
Potsdam, 02 Juli 2024 / 26 Siwan 5784

Seit 2009 hat die Landespolitik für die Durchsetzung dieses auf die weitere Vernichtung des Judentums gerichteten Vorhabens gegen heftigen Widerstand der Gesetzestreuen Jüdischen Landesgemeinde mit allen Mitteln gekämpft. Und nach 15 Jahren einen Sieg errungen.

Am 4. Juli 2024 ist es so weit. In Potsdam wird erstmalig in der über 3300-jährigen Geschichte des Judentums eine staatseigene Einheitssynagoge feierlich eröffnet. Nicht eine jüdische Religionsgemeinschaft wird der Hausherr der Synagoge, sondern das Land Brandenburg ist der Eigentümer des Grundstücks und des darauf entstandenen Sakralbaus. Die sogenannte Einheitsgemeinde in Potsdam hat im staatlichen Synagogenzentrum keine Rechte.

Es ist das einzige Bauprojekt in Deutschland, das trotz der seit Jahren anhaltenden Knappheit an Baumaterialien und Ausfällen von Lieferterminen vorzeitig fertig gestellt wurde. Man hat sich beeilt, denn die Landespolitik will ihre 34-jährige Position als Vorreiter im Kampf gegen das Judentum mit Kreativität und Kontinuität weiterhin behaupten. Mit der Eröffnung der staatseigenen Einheitssynagoge in Potsdam erreicht das deutsche Ersatzjudentum – eine jüdische Religionsgemeinschaft ohne Judentum – eine neue Dimension, in der das Land die vollständige finanzielle und räumliche Kontrolle über die Einheitsgemeinde übernimmt.

Das Gelage während der Pest

Die Potsdamer Juden kommen bei der Veranstaltung nicht zu Wort. Sie haben andere Sorgen. Wie alle anderen Juden in Deutschland müssen sie aufgrund des erstarkten Vertreibungszwangs ihre Ausreise planen. Für die Juden ist die Veranstaltung nichts anderes als ein Gelage während der Pest.

Dafür haben die wichtigsten Präsidenten bereits ihre feierlichen Reden schreiben lassen. Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier soll kommen und eine Ansprache halten. Der Präsident des sogenannten Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, wird auftreten, der Präsident der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden Abraham Lehrer und der Brandenburger Ministerpräsident Dietmar Woidke werden am Mikrofon nicht fehlen. Der Bundeskanzler Olaf Scholz, der nur 250 Meter von der Schein-Synagoge entfernt wohnt, wird umweltbewusst zu Fuß zur Veranstaltung laufen, um nicht die Gelegenheit zu verpassen, vor den Fernsehkameras mit einer Kippa auf dem Kopf zu erscheinen.

Die politische Show ist durchgedacht. Neben den Präsidenten kommen die bezahlten Ersatzjuden in den Vordergrund, im Hintergrund sollen bei der Eröffnungszeremonie auch Minister/innen und Politiker/innen platziert werden.



Baustelle Schlossstraße 1 in Potsdam, Juli 2021 – Hier wird die Schein-Synagoge gebaut
Foto: Gesetzestreue Jüdische Landesgemeinde Brandenburg

Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) wird die Veranstaltung live übertragen. Die aus Zwangsgebühren finanzierten regierungstreuen Massenmedien berichten schon seit Wochen fast jeden Tag mit unterschiedlichen Angaben über vier zugelassene jüdische Gemeinden mit angeblich 400 bzw. 750 Jüdinnen und Juden.

Vernichtung der alten Synagoge in Potsdam

Die staatlich kontrollierten Massenmedien berichten, dass die alte Synagoge in Potsdam am Platz der Einheit in der Nacht vom 9. zum 10. November 1933 geschändet und am 14. April 1945 beim Luftangriff auf Potsdam weitgehend zerstört wurde. 1954 erfolgte der Abbruch der Ruine, anschließend wurden an der frei gewordene Stelle neue Wohnhäuser gebaut.

Diese Geschichte wurde auf Anweisung der für die Informationspolitik zuständigen Stellen größtenteils erfunden und manipuliert. Man wollte es nicht einfach so stehen lassen, dass die Deutschen, wenn auch DDR-Deutsche, die Synagoge zerstört hätten. Und man wollte keine Verantwortung für die Vernichtung der Synagoge übernehmen. Die Darstellung, dass es die Alliierten waren, wäre angenehmer.

Die wahre Geschichte der Vernichtung der Potsdamer Synagoge ist jedoch in den Archivunterlagen der Stadt Potsdam dokumentiert. Die Synagoge, wie übrigens auch das benachbarte Postgebäude, wurde nicht von Bomben zerstört, sondern auf Beschluss des Rates der Stadt Potsdam im August/September 1957 abgerissen.

Seit 1945 ließ die Stadt Potsdam das durch eine Stoßwelle leicht am Dach beschädigte Gebäude jahrelang vor Schnee und Regen ungeschützt stehen. Die politiktreuen Verantwortlichen haben jahrelang schadenfroh zugesehen, wie sich der Bauzustand des Gebäudes verschlechterte. Die prächtigen Fensterrahmen und Türen waren bald verschwunden, die wertvollen Bauelemente wurden entwendet...

Aus einem 1956 erstellten Gutachten des Diplom-Ingenieurs Preiss aus Dresden, beruflich damals tätig als Dozent für Statik an der Technischen Hochschule Dresden, geht hervor, dass *„der Bauzustand dank der soliden Bauausführung die Wiederherstellung der Standfestigkeit mit verhältnismäßig einfachen Mitteln“ gestattetete. „Nach erfolgter Sicherung ist möglichst bald der Wiederaufbau zu planen“*, fügte Statiker Preiss hinzu.

Einem weiteren mit 19.02.1957 datierten Gutachten vom Nationalpreisträger des Jahres 1949, Prof. Dr. Hamann von der Deutschen Akademie der Wissenschaft zu Berlin, unterstützt vom wissenschaftlichen Abteilungsleiter, Prof. Dr. Edgar Lehmann, ist zu entnehmen: *„Da technisch keine Bedenken und finanziell nur geringfügige Schwierigkeiten bei einer Wiederherstellung des Hauses mit der ursprünglichen Fassade bestehen, bin ich entschieden der Meinung, dass alles getan werden muss, um den Abbruch ... zu verhindern und seine Wiederherstellung zu beschleunigen“*...

„Überraschend“ hat sich die antisemitische Politik am Ende jedoch durchgesetzt. Am 9. August 1957 hat das Referat Enttrümmerung der Stadt Potsdam eine Anweisung erhalten, „mit dem Abriss der Ruine ... sofort zu beginnen“...

Im Hinblick auf das vorsorglich verabschiedete Landesgesetz, das keine Wiederherstellung von Bauobjekten auf Grundstücken mit neu entstandenen Wohnhäusern ermöglichte, wurde die Lücke am Platz der Einheit auf Initiative der Stadt Potsdam schnell mit neugebauten Wohnhäusern geschlossen.

Von einer Rückübertragung der Immobilie bzw. von Restitutionsansprüchen zugunsten der jüdischen Gemeinden in Potsdam konnte damit keine Rede mehr sein.

Die Landespolitik benötigt in Potsdam nur eine Synagoge

Schon Anfang 1999, kurz nach der Wiedergründung der Gesetzestreu Jüdischen Landesgemeinde Brandenburg als Nachfolgerin des vernichteten preußischen „Halberstädter Verbandes“ hat die Landespolitik offiziell angekündigt, keine für den Wiederaufbau des jüdischen Lebens benötigten jüdischen Kindergärten und Schulen, sondern nur einen Synagogenbau in Potsdam unterstützen zu wollen. Das Land plante, ein Grundstück dafür zur Verfügung zu stellen und mit ca. 6 Millionen Euro in Vorkasse zu gehen. Die Gemeinden sollten die Baukosten später erstatten.

Mit dieser Konstellation war keiner zufrieden. Die Gesetzestreue Jüdische Landesgemeinde Brandenburg hat die Position der Landespolitik als lebensfremd und judenfeindlich abgelehnt - eine sogenannte Einheitssynagoge gab es im Judentum nie und wird es nie geben. Die konkurrierende jüdische Gruppierung stand dem Vorhaben aufgrund der verlangten Eigenfinanzierung sehr skeptisch gegenüber. Das Land selbst war nicht besonders begeistert, dass die jüdischen Gemeinden als angehende Immobilieneigentümer ein Stück Unabhängigkeit erlangen würden. Darüber hinaus hatte das Land Zweifel, das investierte Geld von den Gemeinden zurück zu bekommen.

Der Synagogenbau in Potsdam verzögerte sich damit um weitere 10 Jahre.

Das deutsche Ersatzjudentum erreicht in Potsdam eine neue Dimension

Im Januar 2009 kam die Landespolitik auf eine revolutionäre, beispiellose und an Frechheit und Ignoranz kaum zu übertreffende Idee – in Potsdam soll eine landeseigene Einheitssynagoge als Landesbaumaßnahme errichtet und „allen Jüdinnen und Juden“ zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden.

Dafür sollte die Landesregierung als Bauträger und Eigentümer auf einem landeseigenen Grundstück ein landeseigenes Mehrzweckhaus/Kulturhaus als Landesbaumaßnahme errichten. Nach Fertigstellung sollte das Gebäude der Öffentlichkeit als jüdisches Synagogenzentrum präsentiert werden!

Für die politische Legitimation und Umsetzung des geplanten Etikettenschwindel-Projektes, im dem die Landespolitik die perfekte Lösung ihrer Judenfrage sah, brauchte man einen jüdischen Partner. 10 Jahre lang führte die Landesregierung Verhandlungen mit der inzwischen im Streit um die Machtverteilung in der zukünftigen Synagoge (und nicht „über Form und Ausgestaltung“) zerspalteten örtlichen Einheitsgemeinde, mit dem Ziel, die Einheitsgemeinde und ihre Abspaltungen als Partner für das Projekt zu gewinnen. Die Einheitsgemeinde wollte die Trägerschaft über die staatliche Einheitssynagoge jedoch selbst übernehmen. Das Land wollte die Machtposition aber nicht abgeben und den Vorwurf einer direkten einseitigen Förderung der Einheitsgemeinde unbedingt vermeiden. Die Verhandlungen verliefen fruchtlos.

Dann holte die Landespolitik den sogenannten Zentralrat der Juden in Deutschland zur Hilfe. Er stellte der Landesregierung seinen in Frankfurt am Main eingetragenen Verein „Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland“ für das Projekt zur Verfügung. Die von dem Sohn des Präsidenten des sog. Zentralrates der Juden in Deutschland geführte jüdische Wohlfahrtstelle ist eine Tochter-Organisation des sog. Zentralrats der Juden. Der Verein soll die landeseigene Schein-Synagoge treuhänderisch betreiben und verwalten.

Die potemkinsche Staatssynagoge soll für alle atheistischen, religiösen, gesetzestreu, reformierten, koscheren und nicht koscheren Jüdinnen und Juden wie auch Nicht-Jüdinnen und Nicht-Juden zur Nutzung offen stehen, „ein repräsentatives Erscheinungsbild“ der Landespolitik schaffen und zugleich ein blühendes – tatsächlich jedoch nicht existierendes – jüdisches Leben vortäuschen.

Das ganze Vorhaben ist offensichtlich rechts – und verfassungswidrig. Zum einen darf das Land Häuser nur für die Eigennutzung bauen. Zum anderen erlaubt das im Grundgesetz verankerte Trennungs- und Neutralitätsprinzip dem Land nicht, Sakralgebäude zu bauen und in seinem Besitz zu behalten. Drittens darf das zur Neutralität verpflichtete Land keine von den beiden wiedergegründeten jüdischen Religionsgemeinschaften bei der Zurverfügungstellung von Gemeinderäumen bevorzugen.

Die brandenburgische Politik lässt sich von den Bestimmungen des Grundgesetzes jedoch nicht beeinflussen - wenn das Gebäude einmal stehe, würde es nicht mehr abgerissen werden! Das Land als Eigentümer des Gebäudes hätte im Falle einer Verurteilung immer noch die Möglichkeit, die jüdischen Nutzer jederzeit raus zu werfen und das Gebäude mit geringem

Aufwand in ein Kulturhaus bzw. – je nach politischer Entwicklung – in eine Moschee umzuwandeln.

Mit Einführung einer staatseigenen Einheitssynagoge in Potsdam erreicht das deutsche Ersatzjudentum eine neue Dimension. Das Pilotprojekt verspricht dem Land volle Kontrolle über die Nutzung und über die rechtlosen Nutzer der Schein-Synagoge zu behalten. Somit gerät das Ersatzjudentum nicht nur aufgrund der aus Landesmitteln bereits bestehenden Vollfinanzierung seiner laufenden Ausgaben, sondern auch aufgrund der auf unverbindlicher Basis zur Nutzung zur Verfügung gestellten Gemeinderäume in eine vollständige Abhängigkeit von der Landespolitik.

Des Weiteren erhofft sich die Landespolitik, dem eigentlichen, gesetzestreuen Judentum unter Hinweis auf eine bereits bestehende und für alle offene Einheitssynagoge den Anspruch auf Gleichbehandlung bei der Zurverfügungstellung der Gemeinderäume absprechen zu können.

Perspektivisch soll das brandenburgische Modell der staatlichen Einheitssynagoge möglichst auch in den anderen Bundesländern durchgesetzt werden.

Dass die Landespolitik in Brandenburg im Kampf um die Vernichtung des Judentums so einen bedeutenden Fortschritt errungen hat, ist auch für die Bundespolitik eine große Freude. Sie werden am 4. Juli den Sieg gemeinsam feiern.

Shimon Nebrat

1957 geboren, lebt seit 1994 in Deutschland, Ingenieur, Geschäftsmann, Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der im Januar 1999 wiedergegründeten Gesetzestreuen Jüdischen Landesgemeinde Brandenburg